

wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Dettler, Industriehalle
Mittelsch-Zürich
Postanweisungen
Franko gegen Franco.
Geldbriefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

besten aus dem Ausland
besten bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wirteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontobank)
Mt. 2.— für Deutschland (Gouvert)
K. 1. 70 für Oesterreich (Gouvert)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kontobank).
Inserate
Die dreispaltige Zeile
25 Glt. — 20 Wfr.

Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Nr. 36.

Sonntag, 5 September.

1880.

Leitungs- und Redaktionskomitee des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, besorgt die Redaktion die Verbreitung des Blattes in diesen Ländern durch die Postanstalten, welche die Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzugeben, so ist die größte Vorsicht im Vorhergehen notwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel vernachlässigt werden, die die Briefe über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schaden. Haupterfordernis ist hierzu einerseits, daß unsere Briefe so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch aus möglichst unerschöpflichen Quellen Zusendungen beschaffen werden, um die in zweifelhafte Fälle bezüglich größter Sicherheit Kommandierung, sowie an uns liegt, werden wir grüßlichst bitten, um trotz aller mit gegenwärtigen Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Der Kongress der deutschen Sozialdemokratie 1880.

Wie unsern Lesern allen bekannt ist, hat der „Sozialdemokrat“ im Einverständnis mit der deutschen Parteivertretung die Abhaltung eines Kongresses der deutschen Sozialdemokratie befürwortet, der auch wirklich in den Tagen vom 20.—23. August auf dem alten Schloß Wyden bei Dfingen, im Kanton Zürich in der Schweiz abgehalten wurde.

Dieser etwas abseits von der großen Heerstraße gelegene Ort wurde gewählt, um den preussisch-deutschen Reichsspißeln das Schnüffeln und Spionieren möglichst zu erschweren, und ist diese Absicht auch vollständig erreicht worden. Von Winterthur aus, das als Sammelort angegeben war, wurden die zahlreich herbeigeeilten Vertreter nach dem oben genannten, bisher unbewohnten Schloß dirigiert, das für die Zwecke des Kongresses eigens gemietet und mit einem eigens dafür eingesehten Kastellan versehen war und während drei Tagen und vier Nächten die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie beherbergte. Die Nächte verbrachten die meisten Anwesenden auf Stroh lagernd in einem Seitengebäude des Schlosses, wo Massenquartiere eingerichtet waren; nur ein kleiner Theil bezog sich während der Nacht in die Gasthäuser des nahegelegenen Dorfes. Eine kommunistisch eingerichtete ambulante Küche, von einem Schweizer Genossen und dessen Frau unter Verwaltung genommen, sorgte in zufriedenstellender Weise für die leiblichen Bedürfnisse aller Teilnehmer.

Im Verlaufe des Freitag und Samstag trafen nach und nach 56 Vertreter ein, deren überwiegende Zahl sich aus allen Hauptzentren der Bewegung in Deutschland rekrutirte; nur der Hauptplatz der Partei im fernem Osten war, aus rein lokalen Ursachen, durch keinen eigenen Abgesandten vertreten, sondern hatte den Vertreter eines anderen deutschen Parteibeirats mit seiner Vertretung betraut. Nächst Deutschland waren besonders stark die deutschen Sozialdemokraten der Schweiz vertreten, die aus Winterthur, Zürich, Basel, Chaux-de-Fonds und Zug mehrere Delegirte gesandt hatten. Außerdem waren zwei Angehörige der Organisation der Schweizer Arbeiter (Arbeiterbund) und zwei österreichische Genossen anwesend, welche sich mehrfach aktiv an den Verhandlungen beteiligten. Auch die deutschen Genossen in Paris und Brüssel hatten gemeinsam einen Vertreter gesandt. Seitens der Londoner Gesinnungsgenossen (Kommunistischer Arbeiterbildungsverein 3 Percy Street) war unter lebhaftem Bedauern in Rücksicht auf die großen Kosten der Reise und die sehr bedeutenden Opfer, welche in den letzten Monaten für Lokalzwecke aufzubringen gewesen seien (Ermiethung eines eigenen Klubhauses, Unterstützung zahlreicher Ausgewiesener und sonstiger unterstützungsbedürftigen Genossen), von einer eigenen Vertretung abgesehen worden und hatten dieselben in einer Denkschrift ihre Wünsche und Ansichten niedergelegt, die bereits in der vorigen Nummer des „Sozialdemokrat“ zum Abdruck gekommen ist und als durch die gefassten Beschlüsse für erledigt erklärt wurde.

Da die Verhältnisse, unter denen der Kongress stattfinden mußte und die Zustände in Deutschland es gerathen erscheinen lassen, von einer detaillirten Berichterstattung abzusehen und insbesondere jede Namensnennung zu vermeiden, so sei im Voraus bemerkt, daß die Verhandlungen im Ganzen mit großer Gründlichkeit geführt wurden, und obgleich zeitweilig die Geister hart aufeinanderplayten und die Debatten einen sehr erregten Ton annahmen, doch alle wichtigen Beschlüsse mit Einstimmigkeit oder einer an Einstimmigkeit grenzenden Majorität gefasst wurden. Wir bemerken das den bekanntesten Vorgängen gegenüber ausdrückliche, die bereits anknüpfen, der Kongress werde „aus einem Duzend Demagogen und zwei Duzend Bedienten bestehen“, also nur gutheissen, was die sog. „Führer“ wünschten und wollten.

Vorversammlung, Freitag, 20. August,
Abends 8 Uhr.

Nachdem seitens der Redaktion des „Sozialdemokrat“ im Namen der Einberufer des Kongresses eine kurze Begrüßung der Parteivertreter stattgefunden, schritt man unverzüglich zur Wahl eines provisorischen Präsidiums für die Vorversammlung, und nachdem dieses erledigt war, zur definitiven Wahl des gesammten Büreaus für die Verhandlungstage (zwei Präsidenten und vier Schriftführer).

Alsdann wurde beraten und beschlossen, welche Tagesordnung aufzustellen sei und in welcher Reihenfolge die einzelnen Traktanden zur Verathung gelangen sollten. Es wurden die einzelnen Punkte in folgender Ordnung festgestellt: 1. Kassenbericht; 2. Allgemeiner Bericht mit darauf folgender Generaldebatte; 3. Die Spaltungsversuche in der Partei (Angelegenheit Most und Hasselmann); 4. Politischer Bericht; 5. Organisation und Wahlen; 6. Presse; 7. Sonstvorliegende Anträge. Nachdem dieses festgestellt war, trat man in die Erörterung der Verhaltungsmaßregeln für sämtliche Teilnehmer des Kongresses nach Augen ein und wurde nach Erledigung dieses Punktes die Vorversammlung Abends 11 Uhr geschlossen.

Erste Sitzung Sonnabend, den 21. August,
Vormittags 8 Uhr.

Hiermit begannen die eigentlichen Verhandlungen. Dieselben wurden eingeleitet mit der Verlesung der bereits in voriger Nummer des „Sozialdemokrat“ zum Abdruck gebrachten Zustimmung- und Sympathie-Adressen von deutschen, schweizerischen, niederländischen, belgischen, französischen, italienischen, ungarischen, polnischen und russischen Sozialisten, die mit lebhaften Aklamationen begrüßt wurden. Hieran schloß sich die Verlesung einer über zehn Bogen starken Anklageschrift gegen eine Reihe bekannter Persönlichkeiten in der Partei, die unterzeichnet war „Die vereinigten Berliner Ausgewiesenen von Hamburg und Umgebung“, sonst weder den Namen des Verfassers, noch des Absenders enthielt, wie aber von Wissenden konstatiert wurde, durch die Herren Körner, Finn und Konforten veranlaßt und abgefaßt war. Der Parteigenosse, welcher dieses Schriftstück übergab, erklärte ausdrücklich, daß er die Vertretung desselben ablehne und nur seine Uebergabe übernommen habe.

Der Kongress beschloß, auf dieses von Gemeinheit strotzende Aktenstück um so weniger einzugehen, da die Verfasser sich bereits von der Partei losgesagt und durch ihre parteifeindliche Haltung sich schon in solchem Maße des Wohlwollens des Berliner Polizeipräsidenten, Herrn v. Madai, erfreuten, daß derselbe den Hauptbeteiligten (Körner und Finn) bereits die provisorische Rückkehr nach Berlin gestattet habe. Auf das Aktenstück bezügliche Anträge sollten nach Erörterung der Angelegenheiten Most-Hasselmann erledigt werden.

Es erfolgten die Kassenberichte, welche von drei Referenten erstattet wurden und darthun, daß trotz aller Maßregelungen und Verfolgungen seitens der deutschen Polizeibehörden und Gerichte, die Parteigenossen ihre Pflicht und Schuldigkeit gethan haben, um auch durch finanzielle Opfer die Sache der Partei zu fördern.

Aus dem Bericht heben wir hervor, daß die Gesamtsumme der gesammelten Beiträge vom Beginn des Sozialistengesetzes bis zum 1. August d. J. sich auf rund 37,310 Mark beläuft, wovon ca. 27,650 Mk. für die verschiedensten Unterstützungszwecke ausgegeben wurden. Nicht einbezogen sind die Unterstützungen, welche an vielen einzelnen Orten direkt gewährt wurden, ferner nicht die Opfer für Gemahregelte und im Gefängniß sitzende Genossen, endlich nicht ein großer Theil der für Wahlen ausgegebenen Gelder. Alles dies zusammengezeichnet, dürfte sich die Summe der gesammelten Gelder ohne Uebertreibung auf nahezu das Doppelte des oben angegebenen Betrags belaufen. Nach Anhörung der seitens der Versammlung mit allgemeiner Vertheiligung aufgenommenen Berichte verspricht man zur Wahl einer Prüfungskommission, bestehend aus drei Mitgliedern, welche im Laufe der Verhandlungen über die vorgenommene Prüfung Bericht erstatten sollen.

Aus der kurzen Debatte über die Finanzberichte heben wir hervor, daß ein Redner sich glaubte darüber beschweren zu müssen, daß diejenigen Berliner Ausgewiesenen, die den Sachverhalt genauer kannten, sich nicht veranlaßt sahen, öffentlich gegen Herrn Hasselmann aufzutreten, als dieser die erlogene Behauptung in die Welt geschickt, es seien an die Berliner Familien nicht mehr als 1300 Mk. ausbezahlt worden. Durch dieses Schweigen habe die Hasselmann'sche Verleumdung mehrfach den Schein der Wahrheit erweckt. Nachdem noch ein Redner auf die Opfer hinwies, die nicht in dem erstatteten Bericht enthalten seien, wird die Debatte geschlossen.

Man geht hierauf zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung über, dem allgemeinen Bericht.

Es sei, sagt Referent, unter anderem dem früheren Parteivorstand und zum Theil auch den Abgeordneten ein großer Vorwurf daraus gemacht worden, daß sie mit Eintritt des Gesetzes nicht mit einer Neuorganisation fertig waren. Dem gegenüber sei zu bemerken, daß doch vor Allem die beabsichtigten Schläge abgewartet werden mußten. Diese kamen nun allerdings sehr rasch, und es kam dann zunächst darauf an, die vorhandenen Parteieinrichtungen so weit als möglich zu retten, und auch den Genossen, welchen durch ihre seitherige agitatorische Thätigkeit jegliche Rückkehr zu irgend einer anderen bürgerlichen Beschäftigung unmöglich gemacht ist, eine möglichst unabhängige Stellung zu wahren. Trauriger Weise wurde gerade letzterer Umstand von verschiedenen Seiten zu Angriffen geschäftigster Art benutzt. Von den Behörden wurden jedoch die Blätter, welche herausgegeben wurden, Schlag auf Schlag verboten, so daß beispielsweise in Leipzig es unmöglich war, in der dortigen Druckerei noch ein Blatt herzustellen. Daher tauchte um Weihnachten 1878 der Gedanke auf, mit einem anderen Verleger in Betreff eines Blattes in Verbindung zu treten.

Referent theilt die Schritte mit, die in Folge dessen geschehen und welche ausführlich dargelegt sind in der von Genossen Wesel gegen den Buchhändler Fintel in Leipzig veröffentlichten Broschüre, der eine zweite in derselben Sache, von Genosse Hasenlever herausgegeben, folgte. Die offene Darlegung dieser Verhältnisse zeige zur Genüge, daß die Anklage, man habe die Partei an

die Fortschrittspartei „verrathen“ wollen, eine Lächerlichkeit sei, die jene selbst nicht glaubten, welche sie fortgesetzt aussprengten und die ohne jene Darlegungen gar nicht im Stande wären, Genaueres von jenen Vorgängen zu wissen. Referent erläutert weiter die Taktik, welche man seitens der Parteiverretung gegenüber dem Sozialistengesetz einzuhalten für notwendig erachtet habe. Diese sei insbesondere von Most festig und ungerechtfertigt angegriffen worden, während derselbe in den ersten Monaten des Erscheinens der „Freiheit“ einen Standpunkt eingenommen habe, der genau dem der deutschen Parteiverretung entspreche, was Referent des weiteren nachweist.

So begeisterte er sich noch für die Krüder'sche Wahl in Breslau, lobte den Ausfall der Döbener Wahl, während er kurz darauf einen dem diametral entgegenstehenden Standpunkt einnahm. Kechnlich verhielt er sich mit seiner Haltung zu fast sämtlichen Parteifragen. Man merkte eben allmählich den Einfluß des Lebens im Ausland, wie sich dieser Einfluß von jeher im Flüchtlingsleben gezeigt hat. Was die sogenannte „friedliche Umgestaltung“ und den „geseligen Weg“ betrifft, so seien diese Sätze von der Gesamtpartei niemals anders aufgefaßt worden, als daß damit die Partei ihre Absicht ausspreche, auf friedlichen und geseligen Wegen, so weit dies von ihrem Willen abhängt, zu ihrem Ziele zu gelangen, und daß, wenn dies nicht möglich sei, dies nicht die Schuld der Partei, sondern ihrer Feinde sei, welche die reformatorische Entwicklung verhindern. Dagegen sei die „Revolutionsmache“ des Herrn Most ein Nonens, nur geeignet, die Partei gegenüber den reaktionären Behörden zu kompromittiren. — Die Haltung der Parteiverretter gegenüber der Schutzpolitik sei stets so gewesen, daß dabei nur die Interessen der Arbeiter im Auge gehalten wurden. Volle Einstimmigkeit war unter ihnen vorhanden, gegen alle Hölle auf Lebensmittel zu stimmen. Die in Gotha 1876 vom Kongress angenommenen Resolutionen, welche Referent verliest, und welche auch Most mit verfaßt hat und öffentlich vorschlug, war eigentlich viel schützlicher, als jemals den Abgeordneten unserer Richtung im Reichstage zu sein eingefallen ist. Uebrigens gestalten sich sehr viele Fragen in der Praxis oft ganz anders, als es vorher durch Resolutionen und Beschlüsse zu formuliren versucht wurde, ohne daß wir etwas dagegen thun könnten.

Bezüglich der Landtagswahlen, z. B. in Sachsen, hat die Partei genau ihren alten Standpunkt eingehalten. Die Theiligung an den Wahlen ist bisher stets als eine Zweckmäßigkeit angesehen worden. Man erwog einfach, ob der Erfolg ein genügender sein werde, um sich daran zu beteiligen, und es verstand sich alsdann von selbst, daß seitens der Gewählten der auswärtige viel bemängelte Verfassungseid geleistet wurde. Schon längst ist auf Kongressen beschlossen worden, sich an Gemeinde- und Landtagswahlen zu beteiligen, und man hat dies, wo das Wahlgesetz es ermöglichte, auch vielfach gethan und auch hier und da Erfolge erzielt. Daher beschloß auch die speziell zu diesem Zweck stattgehabte sächsische Landesversammlung einstimmig die Theiligung, und es ist auch in der That nicht einzusehen, warum unter dem Ausnahmegesetz das nicht gethan werden sollte, was zur Zeit der offenen Agitation ruhig betrieben worden war. Daß wenn nun Jemand in den Landtag gewählt wird, er auch den Verfassungseid leisten muß, wenn er nicht auf die Ausübung seines Mandats verzichten will, und damit die ganze Wählererei rein überflüssig wird, ist so selbstverständlich, wie die Ableistung des Fahnen- oder des Gemeindebürger-Eides. Vielleicht empfiehlt es sich, um unseren Standpunkt gegenüber der Eidfrage klar zu legen, gelegentlich im sächsischen Landtag den Antrag auf Abschaffung des Eides einzubringen, welcher natürlich abgelehnt werden wird, der aber unseren Vertretern Gelegenheit gibt, sich gründlich darüber auszusprechen. (Zustimmung.)

Was die sogenannten Lokalblätter der Partei und deren Haltung anlangt, so habe der Kongress, nach der Meinung des Referenten, eigentlich gar nichts dreinzureden. Es gibt keine Lokal-Parteiblätter mehr. Die Blätter, die existiren und etwa von Parteigenossen redigirt und herausgegeben werden, können nicht im Sinne der Partei schreiben, dieselben sind reine Privatunternehmungen und haben für sich selbst zu sorgen. — Den angeblichen Geschäftssozialismus, der mit farblosen Blättern getrieben werden soll, hat wohl Niemand mehr kultivirt als Herr Hasselmann, und Herr Most war selbst bereit, wie aus vorhandenen Briefen von ihm nachgewiesen werden kann, sich an die Spitze eines solchen farblosen Blattes zu stellen. — Will man hier auf dem Kongress jedoch den Vorwurf des „Geschäftssozialismus“ aufrecht halten, so trete man wenigstens mit That und Tat auf. Referent weist nach, wie eine ganze Reihe in dieser Richtung erhobener Beschuldigungen auf Mißverständnis oder unwarne Behauptungen beruhten.

Eine Reihe von weiteren Mittheilungen über das innere Parteeleben in Deutschland, die der Referent machte, müssen aus nahe liegenden Gründen öffentlich unerörtert bleiben.

Der Präsident schlägt vor, in die nun folgende Diskussion einzuschließen: Veränderungen des Programms, Zoll- und Mono-

Polfrage, Resolutionen über die Taktik der Partei, Wahlen, Unter-
stützungswesen, Beschwerden über die Parteileitung u. s. w. —

Der darauf folgende Redner glaubt aussprechen zu müssen,
daß die Partei inklusive der Abgeordneten zu Anfang des Aus-
nahmestandes sich nicht ganz auf der Höhe der Situation hiel-
ten; die leitenden Personen hätten das Ruder Anfangs zu sehr
aus der Hand gegeben und die Parteigenossen in der Provinz
ohne Direktive gelassen, wodurch es hauptsächlich möglich wurde,
daß Most den Einfluß erlangen konnte, den er da und dort hatte.
— Redner kritisiert sodann in scharfer Weise das Vorgehen
Most's und dessen Inkonssequenzen, zu welchen noch Lampereien,
Fälschungen und Lügen der schlimmsten Sorte kämen. — Betreffs
der Unterstützungswesen hat Redner feinerliche Vorwürfe zu erheben,
empfiehlt jedoch straffere Zentralisation; eine Programmänderung
hält er nicht für wünschenswert.

Hierauf wird $\frac{1}{2}$ Uhr die Sitzung auf $\frac{1}{2}$ Uhr vertagt.

Zweite Sitzung. Sonnabend, 22. August,
Nachmittags $2\frac{1}{2}$ Uhr.

Es sind eine Reihe von Anträgen eingegangen und wird be-
schlossen, dieselben mit zur Diskussion zu stellen, nachdem vorher
noch festgestellt wird, daß eine Beschränkung der Redezeit für die
Generaldiskussion nicht stattfinden soll. —

Der erste Redner kritisiert zunächst, daß, wenn man der Ueber-
zeugung sei, daß die Führer der Partei gethan haben, was
unter den schwierigen Verhältnissen möglich war, damit ein Ver-
trauensvotum für dieselben ausgesprochen werde, dem er, Redner,
sich vollständig anschließe.

Thatsache sei, daß man durch die Handhabung des Gesetzes
seitens der Behörden teilweise überrascht worden sei. Es sei
unbestreitbar, daß die Behörden bei der Ausführung des Gesetzes
weit über den Rahmen desselben hinausgegangen seien, und wenn
deshalb noch Vorkommnisse, wie z. B. die Erklärung des Be-
lagerungszustandes über Berlin, für einen Moment Verwirrung
eintrug, so sei darüber den Führern kein Vorwurf zu machen.
Keine der in Deutschland existierenden Parteien habe jemals einen
solchen Schlag zu überwinden gehabt, und wenn die deutsche
Sozialdemokratie trotz aller gegen sie ausgespielten Infamien
heute sich noch als lebensfähig erweise, so bedanke dies eben,
daß sie an Haupt und Gliedern gesund, und die von den Füh-
rern nach Erlaß des Gesetzes eingeschlagene Taktik die rich-
tige sei.

Ein Verbrechen an der Partei sei es daher, wenn von Most
vom Auslande her Zwietracht in die Reihen der deutschen Sozial-
demokratie zu säen versucht wurde. Pflicht des Kongresses ist es,
auszusprechen, daß er mit der bisherigen Haltung der Parteiver-
tretung einverstanden sei, dagegen aber das Gebahren Most's
und seiner Freunde aufs entschiedenste verurtheile. —

Der nun folgende Redner bringt die bekannte Fidleistungs-
Angelegenheit im sächsischen Landtag zur Sprache und wünscht
derselbe, daß der Kongress aussprechen möge, daß die Fidleistung
kein Grund für unsere Genossen sei, sich nicht an den Wahlen
zu den Landtagen u. s. zu betheiligen und daß sie, wenn gewählt,
in dieselben als Arbeitervertreter einzutreten haben.

Weiter wünscht der Redner, daß die auf dem Kongress in
Gotha im Jahre 1876 gefasste Resolution, wonach die Schutzpoli-
tisch. Freihandelsfrage als eine offene zu behandeln sei, dahin
abgeändert werden möge, daß diese Fragen als interne Angelegen-
heiten der Bourgeoisie zu betrachten seien, die den Arbeiter nichts
angehen. —

Ein anderer Redner tritt für die Parteiführung ein, beschwert
sich aber dann, daß die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten
im Reichstage bei wichtigen Fragen theilweise nicht geschlossen
gestimmt haben. Redner meint, daß mit der Schutzpolitik
in unseren Reihen theilweise Gefühlspolitik getrieben werde, und
das dürfe nicht sein. In Bezug auf die Presse glaubt Redner,
daß das Hauptaugenmerk vor Allem darauf zu richten sei, daß,
wenn auch die Arbeiter Deutschlands mit sozialistischen Pres-
serzeugnissen nicht im gewünschten Maße versehen werden können,
doch dafür gesorgt werden müsse, daß die im Dienste der Bour-
geoisie stehende Presse möglichst von den Arbeitern fern gehalten
werde. — An dem Programm will Redner nichts geändert wissen,
doch hält er es für notwendig, daß der Kongress zu den Pro-
jekten des Tabakmonopols und der staatlichen Zwangsversicherung-
kassen Stellung nehme und zwar im ablehnenden Sinne. —

Der nun folgende Redner, Genosse Grewlich aus Zürich,
führt sich als Angehöriger der Schweizerischen Sozialdemokratie
ein. Er sei gekommen, um die deutschen Genossen auf Schweizer-
boden zu begrüßen und sie zugleich der Sympathien der Schwe-
izerischen Sozialdemokratie zu versichern.

Angriffe, wie diejenigen, welche gegen die verdienstvollsten
Vertreter der Partei geschleudert wurden, haben mich, so führt
der Redner aus, tief ergriffen. Ich sehe aber auf dem heutigen
Kongresse, daß die Kadres der deutschen Sozialdemokratie intakt
geblieben sind, und so wird es auch künftig nicht gelingen, die-
selben zu sprengen. Unbegreiflich ist, wie diejenigen, welche an-
geblüht die Revolution wollen, ihr Bestreben nur darauf richten
können, das Heer der Sozialisten durch Zwietracht zu schwächen.
Zu einer Revolution würde doch vor allem einiges Zusammen-
halten gehören. Leider sind die schlimmsten Folgen der durch
Most-Hasselmann provozierten Feindseligkeiten in ihrer ganzen
Schwere auch über die Schweiz hereingebrochen. Dies ist zu
beklagen, Redner hofft aber, daß dieser Kongress eine einheitliche
Zentralisation schaffen werde, an welche sich dann auch die Brüder
im Auslande anlehnen und der Friedensstörer dadurch Meister
werden können. An eine große Revolution ist jetzt nicht zu
denken und die kleinen sind überflüssig. Wenn ein Kristallisations-
punkt für die organische Entwicklung geschaffen ist, wird die
Partei auch wieder größere Sympathien bei der Allgemeinheit
finden. Die deutschen Sozialisten der Schweiz werden sich mit
größeren Eifer in die Bewegung werfen, wenn sie das gute
Beispiel der Sozialisten Deutschlands augenfällig vor sich haben.
Jetzt sind erstere noch theilweise von Most beeinflusst. Redner bittet
schließlich, es nicht für eine Abweichung vom internationalen
Prinzip zu betrachten, wenn in der schweizerischen Bewegung die
nationalen Eigenheiten in Zukunft etwas mehr berücksichtigt
werden sollten. Die Verhältnisse erfordern dies. —

Ein Vertreter erklärt hierauf den hier und da laut gewordenen
Klagen über zu eigenmächtiges Auftreten der Parteiführer gegen-
über, daß man unter den Genossen seiner Heimath sogar nichts

dagegen habe, wenn eine förmlich Diktatur in der Partei ein-
geführt werde. Außergewöhnliche Umstände verlangen auch außer-
gewöhnliche Maßnahmen. Weiter wünscht Redner, daß von jetzt
ab die Polemik gegen Most-Hasselmann im „Sozialdemokrat“
etwas mehr zurückgedrängt werde. —

Der nun folgende Redner konstatirt zunächst, daß es unbillig
sei, von den Führern zu verlangen, daß sie bei Erlaß des So-
zialistengesetzes gewissermaßen die Vorsehung spielen und alle
Schläge pariren sollten. Man mußte bei Erlaß des Gesetzes
wohl, daß Schläge fallen werden, aber nicht, in welcher Weise
sie geführt wurden. Man mußte auf alles gefaßt sein, aber
erst die Thatfachen abwarten, bevor man handeln konnte. Ein
anderes Verhalten wäre nur am Platze gewesen, wenn man ent-
schlossen war, die Fahne des Aufruhrs aufzupflanzen; dies aber
zu thun, wäre unter den obwaltenden Verhältnissen reiner Wahnsinn
gewesen. Wenn hier und da nach Erklärung des Sozialisten-
gesetzes Verwirrung eintrat, so war dies weniger bei den Führern
als bei den Massen der Fall. Die Gründung der „Freiheit“
durch Most und die Londoner Genossen war eine übereilte
Handlung.

Ueber die Frage, ob es am Platze gewesen wäre, sofort nach
Verbot des „Vorwärts“ denselben im Ausland erscheinen zu
lassen, kann man verschiedener Meinung sein; unter keinen Um-
ständen kann es aber gebilligt werden, daß man in London die
„Freiheit“ herausgab, ohne auch nur mit einem Worte die in
Deutschland gebliebenen Führer der Partei zu befragen. Dieses
willkürliche Vorgehen Most's war es auch, welches das Scheitern
seines Unternehmens notwendig zur Folge haben mußte.
Die Partei konnte diese Auflehnung gegen die Parteidisziplin
nicht dulden; Most's Gebahren fand energischen Widerspruch,
anstatt sich aber zu fügen, begann er zu heizen und zu verbäch-
tigen, was dann später den vollständigen Bruch zur Folge hatte.
Der Einwurf, daß Most sofort Neues geschaffen habe, während
die alte Parteileitung nichts von sich hören ließ, kann nur für
Diejenigen einen Schein von Recht für sich haben, die den wahren
Sachverhalt nicht kennen. Nach Erlaß des Sozialistengesetzes
galt es vor allem, wieder Ordnung unter den Trümmern der
Partei zu schaffen. Hunderte von Genossen wurden mit einem
Schlage existenzlos, Tausende von Parteigeldern gingen verloren
und nach Tausenden zählen die Genossen, die durch den Ruin
unserer Unternehmungen an den Bettelstab gebracht waren. Dazu
kam die Erklärung des Belagerungszustandes in Berlin und die
Proklamirung der absoluten Rechtslosigkeit der Sozialdemokratie.
In dieser Zeit nun, in welcher außerdem noch eine große An-
zahl von Genossen in den verschiedensten Gefängnissen saßen, für
die oder deren Familien gesorgt werden mußte, kam mit einem
Male Johann Most von London aus, wohin er mit Hilfe des
in Deutschland gesammelten Geldes geflohen war, und zieh
die in Deutschland verbliebenen Führer der Freiheit und des
Verrathes. Als echter Feigling hatte Most nicht den Muth, in
Deutschland zu bleiben und da den Kampf aufzunehmen, sondern
er floh in's Ausland und fiel dann von dort seinen eigenen
früheren Freunden in den Rücken.

Die Parteiführung hat aber trotzdem keinen Augenblick ge-
wannt; die Liquidation der alten Parteioorganisation ist vor sich
gegangen, die theilweise zerrissenen Fäden wurden wieder ange-
knüpft und nachdem die Folgen des ersten feindlichen Ansturms
vorüber sind, steht die Partei wieder einig und geschlossen da,
bereit, für unsere Prinzipien den Kampf weiter zu kämpfen. Der
Vorwurf, daß nichts geschehen, sei hinfällig, angesichts der er-
fochtenen Wahlsiege, der nach Tausenden betragenden für Partei-
zwecke aufgebrauchten Summen und vor allem angesichts des
Kongresses, welcher ein sprechender Beweis dafür sei, daß die
Partei lebt und zu kämpfen und zu siegen entschlossen sei. Die
treu gebliebenen Führer der Partei können guten Muths vor
den Kongress hintreten und Rechenschaft über ihre Handlungen
ablegen; fortgeblieben sind nur deren Ankläger Most und Hassel-
mann. —

Der Pariser Delegirte erklärte hierauf: Die Most'sche „Frei-
heit“ sei im Anfang von den Genossen im guten Glauben ver-
breitet worden, weil sie nicht wußten, welche Bewandniß es
damit hatte. Es war ein Fehler der deutschen Parteiführung,
daß sie nicht sofort die ausländischen Genossen darüber aufklärte.
Von der deutschen Partei war im Auslande fast ein Jahr lang
nichts zu hören, dadurch gewann Most dort Terrain. Die
Pariser und Brüsseler Genossen wünschen sehr, daß eine kräftige
Organisation und eine Reinigung der Partei von faulen Elementen
vorgenommen werde. —

Ein früherer Freund Most's erinnert daran, was derselbe
früher war: Ein Mann, der in der selbstlosesten Weise gekämpft
und so viel im Gefängniß gelitten hat. Von dem, meint der
Redner, kann man nicht so ohne Weiteres Verrath voraussetzen.
Man hatte dazu kein Recht, auch noch nicht, als er die Zeitung
gründete, so wenig man ihn auch zum selbstständigen Leiter der
Partei für geeignet hielt. Man mußte abwarten, was er thun
würde. Man sagt, es sei keine Direktive gegeben worden. Hat
dann nicht Vebel eine ganze Stunde lang im Reichstag haartlein
erörtert, was die Partei thun würde, wenn das Gesetz vorhanden
ist? Das sagte er nicht zum Reichstage, sondern er sprach zum
Volke. Warum haben einzelne Genossen diese Direktive nicht
befolgt? Was kann der Feldherr thun, wenn die Massen hinter
ihn weichen? Ein großer Theil der sozialistischen Wählerschaft
stand nicht auf der Höhe der Situation, und wir müssen uns
angesichts dieser Thatfache hüten, uns zu Unternehmungen hin-
reißen zu lassen, denen wir nicht gewachsen sind. Wenn wir
nicht seit Jahrzehnten zu einer vernünftigen Taktik gerathen
hätten, wären mit dem Sozialistengesetz die Putsche gekommen,
und wir wären niedergeworfen worden, wie unsere französischen
Brüder mehrmals niedergeworfen worden sind. Unsere Taktik
kann nur darauf hinzielen, den Kampf wie bisher fortzusetzen
und die Phrase von der Gewalt zu beseitigen, denn durch sie
gewinnen wir nur hohle Köpfe. Eine feste, dabei natürlich
charaktervolle Sprache sei für unser Parteiorgan zu empfehlen. —
In Bezug auf die Selbstmutilationen sei zu bemerken, daß große
Distrikte, die als günstig für uns gelten, nichts ausgebracht
haben. Das muß in Zukunft besser werden. —

Ein deutscher Genosse, der in der Schweiz lebt, präzisirt die
Stellung der Parteigenossen im Auslande zur Partei. Der
Schwerpunkt müsse selbstverständlich im Inlande liegen. Doch
solle man das Wirken der im Auslande lebenden Genossen nicht
unterdrücken. Sodann erklärt er für notwendig, die vorhan-

denen Beschwerden zu prüfen. Es sind mehrfach solche gegen
die bisherige Führung gekommen. Ein großer Fehler war, daß
man das Partei-Organ überhaupt unterbrach und nicht sofort
im Auslande weiter erscheinen ließ. Es kostet jetzt unendliche
Mühe, es wieder allenthalben einzuführen. An den mißlichen
Verhältnissen war allerdings die Masse in erster Linie Schuld;
dieselbe dirigirt sich nicht selbst, sondern bedarf zur Zeit noch energischer
Leitung. Er könne und werde kein Tadelvotum aussprechen,
aber zu sagen, es hätte gar nicht besser gehandelt werden kö-
nnen, das empfehle er nicht. Er konstatire nur, daß die Führer
mit bestem Willen und mit allen Kräften gearbeitet haben, und
dahingehend werde er auch für ein Vertrauensvotum stimmen.
Unter einer strammern Organisation werden dieselben Männer
jedenfalls Besseres leisten. Er stimme aber der Taktik unserer
Parteivertreter völlig zu, und wünsche nicht, daß dieselbe geän-
dert werde. —

Die Parteiführer, so äußert sich der nun folgende Redner,
wußten so wenig wie die Parteigenossen, daß Most und Hassel-
mann handeln würden, wie es geschah. In einigen Orten haben
zweifellos die Parteigenossen den Kopf verloren und sich zu sehr
vor der Polizei gefürchtet. Die Wege waren den Genossen vor-
gezeichnet, einzelne Orte haben aber gar nichts gethan, und manche
lokale Führer rühren sich bis jetzt noch nicht. Im Ganzen
aber hat die Partei ihre Feuerprobe bestanden. —

Dem antwortet ein anderer Vertreter: Es sei auch schon manche
Schlacht verloren worden, weil die Führer nicht zur rechten Zeit
handelten. Most habe erst die Wege gezeigt, die wir gehen
mußten. Der „Sozialdemokrat“ sei im Anfange zu matt ge-
wesen. Das Volk sei revolutionär und es sei nöthig, daß der
„Sozialdemokrat“ radikaler werde und in Zukunft keinen „Stän-
kereien“ mehr Raum gebe. Redner empfiehlt als wirksamstes
Mittel zur Propaganda die Flugschriftenverbreitung. —

Ein Mitglied des Kongresses überreicht hierauf ein Memorandum
von Berliner Genossen, worin dieselben den Reichstagsab-
geordneten sowie der Redaktion des „Sozialdemokrat“ ihr Mißtrauen
aussprechen und die eventuelle Ausschließung eines der Abgeord-
neten beantragen. Das Schriftstück wird verlesen und mit zur
Diskussion gestellt. —

Gutzmann (Basel): Die Schweizerische Arbeiterpartei ist
dadurch zum Theil mit Most in Berührung gekommen, daß das
Zentral-Organ nicht sofort im Auslande erschien. Dies war
ein Fehler, den man nicht zu verleugnen braucht, wenn man
auch sonst mit den geschehenen Handlungen im Ganzen einver-
standen ist. Ebenso verhalte es sich mit Aeußerungen von Abge-
ordneten im Reichstage, die zu Mißverständnissen Anlaß gaben.
Die Partei müsse auf dem proletarisch-revolutionären Stand-
punkte beharren. Er wisse nicht, warum man bei Stichwahlen
für Sonnemann u. s. stimme. Dagegen müsse von den Partei-
genossen verlangt werden, daß sie den Führern volles Vertrauen
schenken. Sonst habe die Disziplin ein Loch. Hinsichtlich der Hal-
tung des „Sozialdemokrat“ sei zu beachten, daß wir uns nicht
an den kalten Verstand wenden, sondern das Volk entflammen
müssen. Dann werden die Massen die Führer vorwärts treiben.
Die Schweizer Sozialisten wollen nicht national sein, sie woll-
ten sich den deutschen, wenn diese revolutionär sind, völlig an-
schließen. —

Ein süddeutscher Redner glaubt, daß man nicht ein volles
Jahr zu warten brauche, um den „Sozialdemokrat“ zu gründen.
Aus den Reichstagsverhandlungen über das „Sozialistengesetz“
konnte man ungefähr ersehen, was kommen mußte, wenn auch
nicht in vollem Umfange. Es sei nicht ausschließlich Verdienst
der Führer, daß die Partei noch intakt sei. Die Parteigenossen
haben selbst zur Gründung des Parteiorgans gedrängt. Mit
dem Schund, welchen man von London schickte, war man bald
fertig. Die alte Parteileitung hat ihre Auflösungserklärung zu
erst genommen. Man glaubte nirgends, daß sie wirklich nieder-
legen würde, aber sie hat die Verbindung mit den Genossen
wirklich abgebrochen. Man blieb über die Vorgänge in der
Partei im Unklaren. Gegen den Vordorredner fragt Redner:
„Wir sollen revolutionärer werden — was heißt das aber?
Sollen wir loschlagen, oder sollen wir mehr Phrasen bringen?
Darüber wünsche ich doch Aufklärung.“ — Die Korrespondenzen
im „Soz.“ seien notwendig, da sie das Interesse in den ein-
zelnen Orten wachhalten. Das Vertrauen zu den Führern sei
vorhanden, dies beweisen die Sammlungen. Gerade weil dieses
allgemeine Vertrauen aber vorhanden ist, müsse man sich um so
mehr gegen die Erbärmlichkeiten des verlesenen Berlin-Hamburger
Pamphlets verwahren. In Süddeutschland sage man einfach:
der Hasselmann ist ein Lump und der Most ein Narr — wir
stehen zur alten Fahne und damit Punktum! —

Der nun folgende Redner bemerkt, daß man auch in seiner
Heimath mancherlei Beschwerden höre, doch sei man sich dort
klar, daß unter den heutigen Verhältnissen die hier und da auf-
tauchenden Gerüchte mit besonderer Pochkraft zu prüfen seien.
Redner erklärt, daß nach seiner und seiner Freunde Ansicht die
soziale Gerechtigkeit nur in einem politisch freien Staate durch-
geführt werden könne, und ist er Gegner jeder Diktatur, im
Staat sowohl als auch in der Partei. —

Uhle (Zürich): Es sei ihm sehr klar, daß es so gekommen
wie es nach dem Sozialistengesetz kam. Die Partei wurde auf
ein Terrain getrieben, welches ihr völlig neu war und sie mußte
sich erst einrichten. — Most's Angabe, er sei zu seiner Haltung
gedrängt worden, widerlege sich u. a. auch durch die Angaben
des Pariser Delegirten. Most hat Jeden, der für die Partei
arbeitete, beschimpft, theilweise Einzelne sogar denunzirt; es ist
daher nicht möglich, daß sich unter den Anhängern der „Freiheit“
noch gute Genossen befinden. — Die Polemik gegen die „Fr.“
im „Sozialdemokrat“ war notwendig und wurde von den
Parteigenossen gefordert. Die Flugsblätter müssen im Großen
herausgegeben und verbreitet werden; sie müssen uns die un-
möglich gemachten Volksversammlungen ersetzen. —

Der Pariser Delegirte warnt vor den Abgesandten Most's,
welche sich in Paris gewöhnlich als Polizeispiegel entpuppten. —

Der nun folgende Redner erklärt, daß es ihm scheine, als ob
man in Angriffen gegen die Parteiführung doch zu weit ginge.
Man gesteht zu, daß die Lage eine höchst bedenkliche war, und
dennoch häuft man Anklage auf Anklage. Bestand denn die
Partei aus Kindern, die lediglich auf die Führer angewiesen
waren? Viele der jetzigen Ankläger waren s. Z. sehr pessimistisch
gestimmt. Er (Redner) könnte eine Reihe von Städten nennen,
wo trotz aller Anregung nichts zu schaffen möglich war. Das

Sollten wir bei unserer Kritik nicht vergessen. Was sollte denn die Partei thun? Wir haben jetzt keine bezahlten Parteibeamten wie früher. Die frühere öffentliche Thätigkeit war durch das Gesetz unmöglich geworden. Aufforderungen zum Organisiren zc. werden dadurch gefährlich, daß die Parteigenossen zu wenig Vorsicht mit Schriftstücken beobachten. Es sind Geldersammlungen arrangirt und die Aufforderung an alle Adressen gesandt worden. Eine große Anzahl Orte haben aber nichts gesandt. Man verlangt Flugblätter, eine Zeitung zc.; aber wo sollen die Mittel dazu herkommen, wenn die Genossen nicht opferwilliger sind? Man hätte durch sofortige Gründung eines ausländischen Blattes gar nichts gewonnen. Die Verbreitungs-Vorbedingungen für ein solches waren gar nicht vorhanden. Die Gründung des „Sozialdemokrat“ war nur nach Ueberwindung der größten Schwierigkeiten möglich und dadurch verspätet. Bei Erlaß des Sozialistengesetzes dachte übrigens Niemand daran, ein Blatt im Ausland zu gründen. Most selbst schrieb einen Brief an einen Genossen, laut welchem er in Berlin bleiben und dort journalistisch thätig sein wollte. Er projektirte ein kleines Blatt, welches nicht sozialistisch sein, sondern nur Thatsachen bringen sollte und daher „unantastbar“ sein würde. Redner verliest den betr. Brief, in dem Most noch die Hoffnung ausdrückt, nicht nach Amerika auszuwandern zu müssen, sondern in Deutschland eine „Höhle“ zu finden; weiter warnt er vor den „Ungebuldsgefahren“. (Redner verliest zur Bestärkung des Obigen noch zwei weitere Schriftstücke des Herrn Most.) Erst durch Most's Verhalten zur Reichstagsfähigkeit unserer Abgeordneten ist die Feindseligkeit provoziert worden. — Im Allgemeinen solle man nicht vergessen, daß die Parteigenossen selbst vielfach Schuld daran tragen, daß nicht mehr geschehen konnte, als gethan wurde.

Die Sitzung wird $\frac{1}{2}$ 9 Uhr vertagt bis zum nächsten Tag, Sonntag, früh 8 Uhr.

Dritte Sitzung, Sonntag, 22. August, Vormittags 8 Uhr.

Zuerst gelangt die Präsenzliste, welche die Anwesenheit von 55 Delegirten ergibt, zur Verlesung. Alsdann wird das Protokoll der vorhergegangenen Sitzung verlesen und nach einigen Monirungen genehmigt. Es wird konstatiert, daß die verlesenen Briefe Most's erst dann zur Veröffentlichung gegeben worden seien, als Most darauf bezüglich hamiße Bemerkungen in der „Freiheit“ gemacht habe; somit sei jeder Verdacht eines ungerechtfertigten Gebrauchs dieser Briefe, bezw. eines Vertrauensmißbrauchs ausgeschlossen.

Nach Verlesung einer Zuschrift von Mailänder Parteigenossen wird beschlossen, für die nun folgende Spezialdiskussion jedem Antragsteller eine Redezeit von zehn Minuten, den übrigen Rednern eine solche von fünf Minuten zu gestatten. —

Zu Punkt I der Tagesordnung, betr. das Programm, sind folgende Anträge eingelaufen:

- a) „Betreffs der Frage Schutzoll oder Freihandel schließen wir uns völlig der Resolution an, welche f. B. vom Genere Weltkongreß mit Einstimmigkeit angenommen wurde, daß nämlich diese Frage eine interne Angelegenheit der Bourgeoisie sei.“
- b) Von einem deutschen Genossen in der Schweiz: „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands hält aller Verfolgungen und Anfeindungen ungeachtet fest an den Grundlätzen des auf dem Vereinigungskongreß der deutschen Sozialdemokratie 1875 in Gotha vereinbarten Programms. Ohne dasselbe in seiner heutigen Fassung als unverbesserlich hinstellen zu wollen, erklärt sie eine Abänderung ihres Programms aus dem Grunde für unnöthig, weil durch die veränderte Lage der Partei die Grundlätze derselben keinerlei Veränderung erfahren können, die Haltung oder Taktik aber, wie es in allen von der Partei veröffentlichten Brochüren betont worden ist, nicht von irgend einem Programm, sondern von der Haltung unserer Gegner bestimmt wird. Die Sozialdemokratie erklärt nach wie vor, daß sie den Weg organischer Reformen nicht grundsätzlich verwerft, daß es somit den heutigen Machthabern selbst zuzuschreiben ist, wenn sie ihre auf das Wohl der Gesamtheit gerichteten Bestrebungen auf anderem Wege zu verwirklichen sucht.“
- c) Von einem deutschen Vertreter: „Im Absatz II des Gothaer Programms das Wort „gesetzlich“ zu streichen.“
- d) Von deutschen Genossen in Zürich: „Obgleich wir das Gothaer Programm nicht für unfehlbar und verbesserungsunfähig halten, sind wir der Ueberzeugung, daß jetzt nicht die Zeit zu einer Programmänderung ist; wünschen aber, daß der Kongreß eine Erklärung erlasse und zusammen mit dem Programm veröffentliche, welche den heutigen, durch die Ausnahmegesetzgebung und ihre Folgen herbeigeführten, veränderten Standpunkt der Partei erklärt und namentlich eine unzweideutige Erklärung des sogen. „gesetzlichen Weges“ mit Rücksicht auf die heutige ungesetzliche, revolutionäre Thätigkeit der deutschen Sozialdemokratie gibt.“

Der Referent für den Antrag d) deponirt: Der von ihm eingebrachte Antrag gehe von den bewährtesten Genossen Zürichs aus. Er halte, entgegen dem Antrag c, das Streichen des Wortes „gesetzlich“ für unthunlich. Gegenüber den zahlreichen Unzufriedenen jedoch sei eine Erklärung in dem von ihm beantragten Sinne notwendig; es müsse konstatiert werden, daß die Sozialdemokratie Deutschlands die Worte „gesetzlicher Weg“ stets so verstanden habe, daß sie sich die Kraft zu trauen, ihre Sache auf geistigem Gebiete durchzuführen, daß sie ineb, wenn man ihr diesen Weg verammle, vor keinem Mittel zurückzusehen werde. —

Die Debatte, in welcher noch acht Redner das Wort ergreifen, wird trotz ihrer Kürze sehr animirt. Mit großer Einmüthigkeit plaidiren sämtliche Redner für den Antrag c, Streichung des Wortes „gesetzlich“. Es wird dabei namentlich hervorgehoben, daß, nachdem die deutsche Regierung durch Annahme des in-famen „Gesetzes“ vom 21. Oktober 1878 uns jede gesetzliche Agitation unmöglich gemacht, es ein Non-sens sei, das Wort „gesetzlich“ in unserem Parteiprogramm stehen zu lassen. Jeder Versuch, irgendwie agitatorisch für unsere Bestrebungen einzutreten, sei ja nach diesem „Gesetz“ ungesetzlich; lassen wir

daher das Wort „gesetzlich“ im Programm stehen, so verzichten wir damit darauf, ferner Sozialdemokraten zu sein oder für die Sozialdemokratie zu wirken und machen uns außerdem einer groben politischen Heuchelei schuldig. Ein Redner hebt noch besonders hervor: Könne die Sozialdemokratie gesetzlich Etwas erlangen, so werde sie dies selbstverständlich nicht von der Hand weisen; allein bei der geradezu niederträchtigen Art und Weise, mit der gegen sie vorgegangen werde, müsse sie erklären, daß ihr jedes Mittel recht sei, dieses Gesetz illusorisch zu machen und der Verwirklichung ihrer Ziele näher zu rücken. Dies müsse offen ausgesprochen werden und deshalb sei die Streichung des genannten Passus aus dem Programm notwendig. —

Der Begründer des Züricher Antrags erklärt hierauf: Nachdem er mit Genugthuung bemerkt, welche Stimmung bei den in Deutschland wohnenden Genossen über diese Frage herrsche, habe er keine Veranlassung, auf dem Antrag d zu beharren, er ziehe deshalb denselben zu Gunsten des Antrags c zurück und glaube damit im Sinne der Antragsteller zu handeln.

Hierauf wird der Antrag c mit allgemeiner Akklamation einstimmig angenommen. —

Es wird sodann der Antrag a, Schutzoll und Freihandel betreffend, diskutiert.

Der Antragsteller führt aus, es sei nicht gleichgültig, wie die Partei sich zu dieser Frage stelle; dieselbe könne unsere Partei sehr leicht in zwei Lager spalten, wenn der eine Theil an diesem, der andere an jenem Punkte festhalte. Man müsse den Arbeitern begreiflich machen, daß es sich bei der Thätigkeit für ihr Wohl nicht um Schutzoll oder Freihandel, sondern um Befreiung der plantlosen Produktionsweise handle. —

Der folgende Redner wendet sich gegen den Antrag a zunächst aus formellen Gründen, da er nicht kontrolliren könne, ob dieser Antrag wirklich der Resolution des Genere Kongresses entspreche. Sodann komme aber noch in Betracht, daß die Lage der Arbeiter allerdings mit abhängig sei von den Zöllen, resp. von der durch dieselben geschaffenen Preisbedingungen. Uebrigens sei an eine Erhöhung der Zölle in Deutschland z. B. nicht zu denken; es werde sich vielmehr lediglich um Verminderung derselben handeln. Die vom Vorredner angeregte Streitfrage bestehe also z. B. gar nicht mehr und beantrage er deshalb über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. —

Weitere Redner schließen diesem letzteren Antrag, Uebergang zur Tagesordnung, sich an; der Antrag a besage im Grunde genommen, nichts anderes, als die von dem Kongreß der deutschen Sozialdemokratie 1876 angenommenen Resolution betr. Schutzoll und Freihandel. Jene Resolution sei ohne genügende Erörterung angenommen worden. —

Ein Genosse, der den 1876er Kongreß beigewohnt, wendet sich gegen letztere Ausführung, indem er versichert, es sei auf dem Kongreß von 1876 eingehend die betr. Frage diskutiert worden. Konform den damals gefaßten Beschlüssen sei auch das Verhalten der Abgeordneten unserer Partei im Reichstage gewesen. Die Nothwendigkeit, für gewisse Schutzölle einzutreten, um der deutschen Arbeiter willen, sei nicht abzuleugnen. Man müsse nun einmal, so lange die Sozialdemokratie nicht zum Siege gelangt sei, der Trennung der Nationen in wirtschaftlichen Fragen zu Gunsten der Arbeiter Rechnung tragen. Die meisten der vom Reichstag angenommenen Zölle qualifiziren sich übrigens als Finanzzölle — und für diese seien die Abgeordneten unserer Partei nicht eingetreten. Most und Genossen seien nicht berechtigt gewesen, Kayser's Vorwürfe über sein Verhalten bei der die Eisenzölle betreffenden Abstimmung zu machen. —

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen und damit der Antrag a ausgeschieden. —

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist: Parteileitung. Dazu liegen folgende Resolutionen vor, die einstimmig angenommen werden:

- a) „Die gewählten Revisoren haben die Prüfung der vorgelegten Abrechnungen vollzogen und erklären, daß diese Abrechnungen völlig richtig sind. Es sind dadurch alle von Berliner Ausgewiesenen in Hamburg und anderen Seiten aufgestellten Behauptungen über angebliche Unregelmäßigkeiten durchaus widerlegt.“
 - b) „Der Kongreß erklärt, daß er die seit Erlaß des Sozialistengesetzes von den Abgeordneten und der Partei überhaupt eingehaltene Taktik für prinzipiell richtig hält und spricht den in schwieriger Lage handelnden Vor kämpfern der Partei sein Vertrauen aus.“ —
- In Betreff der Angelegenheit Auer-Radow und mit Bezugnahme auf die hierzu vorliegenden Anträge wird beschlossen, ein Schiedsgericht zu ernennen, welches die Sache unter Beiziehung der nöthigen Auskunftspersonen und genauer Prüfung der Belege zu untersuchen hat. Die heute schon gegebenen ausführlichen Darlegungen sollen möglichst wortgetreu den Parteigenossen zugänglich gemacht werden. Die Mitglieder dieses Schiedsgerichts werden mittelst Stimmzettel gewählt.

Schluß der Sitzung $\frac{1}{2}$ 1 Uhr.

(Schluß folgt.)

Nachträglich sind noch folgende Begrüßungsschreiben an den Kongreß eingegangen:

An den Kongreß der Sozialdemokraten Deutschlands.

Budapest, 24. August 1880.

Genossen! Brüder! Ein schwerer Kampf ist es, den die Sozialisten aller Länder, sowohl diesseits als jenseits des atlantischen Meeres, mit der herrschenden Klasse und den an ihrer Spitze stehenden Regierungsgewalten zu kämpfen haben. Ueberall, in „konstitutionellen“, wie „republikanischen“ Staaten werden Sozialistenhehen veranstaltet, die jeden Rechtlichdenkenden mit eben solchen Abscheu und Widerwillen erfüllen müssen, wie die Keherverfolgungen des Mittelalters. Wie unsere Zeit allgemein über diese, wird auch die Nachwelt allgemein über jene ihr Verdammungsurtheil aussprechen. Es ist noch niemals irgend welchen Verfolgungen gelungen, neue Weltanschauungen, neue, aus den ökonomischen Verhältnissen entsprungene Ideen auszurotten; dieselben haben im Gegentheil immer dazu beigetragen, die Anhänger dieser Ideen immer mehr aufzustacheln und sie, anstatt von denselben abzubringen, nur zur Entfaltung einer größeren Thatkraft anzuspornen. Thricht diejenigen, welche sich von den Sozialistenverfolgungen einen andern Erfolg versprechen!

Daß dieser Erfolg nicht ausbleiben wird, das zeigt gegenwärtig die sozialistische Partei Deutschlands, das zeigt Euer Kongreß. Verfolgt und gehetzt, wie fast in keinem Lande der Welt, steht Ihr heute kampfbereit und siegesmüthiger da, denn je. Das Ausnahmegesetz vermochte nicht — wie dies dessen blinde Urheber wähten — Eure Kraft zu lähmen. Alles, was es vermochte, war, Euch zu einer anderen Kampfweise zu zwingen, die aber keineswegs der heutigen moralischen Weltordnung, die früher oder später — hoffentlich in nicht allzuferner Zeit — unter den Streichen der Sozialdemokratie zusammenbrechen wird, um einer neuen, weder Arm noch Reich, weder Herren noch Knechte, sondern nur freie, gleiche Menschen kennenden Weltordnung Platz zu machen, zu Gute kommen dürfte.

Wenn es Etwas gibt, das unsere herzlichste Theilnahme und Freude an Euren wundervollen, aber siegesfähigeren Kampf trübt, so ist es der leider schon seit längerer Zeit innerhalb der Sozialdemokratie Deutschlands ausgebrochene Streit. Es steht uns nicht zu, uns in Eurer inneren Angelegenheiten zu mischen und zu untersuchen, ob dieser Streit mehr ein Personen- oder Prinzipienstreit ist. Eines ist aber sicher, und das ist, daß derselbe, weit entfernt der Sozialdemokratie zu nützen, nur von unseren Gegnern, die jeden derartigen Zwist mit wahrer Wollust verzeichnen, gegen uns und unsere Bestrebungen ausgebeutet wird. Wir glauben, es wäre endlich an der Zeit, daß wir, die wir selbst Völkerverständigungen durch internationale Schiedsgerichte befeitigt wissen wollen, dieses Verfahren auch innerhalb der Sozialdemokratie beobachten. Wenn Euer Kongreß die Bildung eines solchen Schiedsgerichtes zur Schlichtung aller innerhalb der sozialistischen Parteien entstehenden Differenzen beschließen würde, glauben wir, daß dadurch nicht nur alle alten Streitigkeiten in Valde befeitigt, sondern auch jede neue im Keime erstikt werden würde.

Der Kongreß, den Ihr durch die deutsche Regierung gezwungen seid, auf nichtdeutschem Boden abzuhalten, wird sich in erster Linie, aller Wahrheitsliebe nach, damit befassen, der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands eine ihrer gegenwärtigen Situation entsprechende Organisation zu schaffen, um den baldigen Sieg an ihre Fahne, die Fahne der Menschenerrettung und Menschenverbrüderung, die auch unsere Fahne ist, zu knüpfen. Möge, Genossen Deutschlands, dieses Euer Streben, mögen alle Eure auf die endliche Befreiung des Proletariats abzielenden Arbeiten vom besten Erfolg gekrönt sein, und Ihr werdet dann — da kein Fortschritt, kein Sieg der Menschheit in einem Lande möglich ist, ohne nicht von wohlthätigen Folgen in den anderen Ländern begleitet zu sein — Euch nicht nur um das arbeitende Proletariat Deutschlands, sondern um das Proletariat aller Länder verdient gemacht haben.

Hoch Euer Kongreß! Hoch das Banner der Sozialdemokratie! Hoch das Proletariat aller Länder!

Im Namen der Ungarländischen Allgemeinen

Arbeiterpartei:

Leo Frankel, Redakteur der „Arb.-Wochen-Chronik“.
Geza Gorba, Redakteur der „Népszava“.

An den Kongreß der sozialistischen Arbeiter Deutschlands 1880.
Porto, 24. August 1880.

Theure Brüder! Die unterzeichneten Mitglieder des Rathes der Sektionen der sozialistischen Arbeiterpartei Portugals zu Porto wollen, da sie von der Abhaltung Eures geheimen, im Auslande stattfindenden Kongresses erfahren haben, die Pflichten der Solidarität nicht vergessen, welche die sozialistischen Arbeiter aller Länder sich schulden. Ueberdies hat sich der deutsche Sozialismus, welcher stets die Nothwendigkeit der Verstärkung und Berengung der die Brüder in Europa und Amerika verbindenden Bande der Freundschaft und Brüderlichkeit erkannt hat, dadurch würdig gezeigt, die Beweise der innigsten Verehrung des arbeitenden Volkes der ganzen Welt zu empfangen. In Erfüllung dieser Pflicht senden wir Euch namens aller Genossen am Ufer des Duero unsere Glückwünsche zu Eurer Kongreß.

Die außerordentlichen Umstände, welchen der deutsche Sozialismus während der letzten Jahre unterworfen war, haben unsere lieben Brüder jenseits des Rheins — Dank den infamen Verfolgungen durch die autoritären Bourgeoisie und der dem beschränkten und verlotterten Geist eines Bismarck zu verdankenden blöden Verfolgungen — zu wahren Märtyrern der Sache des universellen Proletariats gemacht. Wenn wir den unvergleichlichen Werth der französischen Sozialisten, dem wir in kurzer Frist die materiellen Wohlthaten der Revolution verdanken werden, bewundern und achten, können wir nicht weniger bewundern die Ausdauer, die Umsicht und den Eifer, welche die sozialistische Bewegung des Vaterlandes Lassalles, Marx', Dührings, Schaffles und so vieler hervorragender Denker an den Tag legt.

Mögen die Erfolge Eures gegenwärtigen Kongresses günstige sein und dem deutschen Sozialismus neue Mittel des Kampfes und der Zurückeroberung geben, damit er sich aufs neue befestige auf wahrhaft positiven und erfolgreichen Wegen. Ein sozialistischer Kongreß ist stets ein Riesenschritt auf dem Weg der Arbeiteremancipation, ein neuer Grundstein zur Befestigung schon beständiger Ueberzeugungen und ein mächtiger Bahnbrecher des endlichen Triumphes des Proletariats. Vorwärts also, denn die Zukunft gehört den Arbeitern!

Empfangeit, theuere Genossen, die brüderlichsten Grüße!

O Conselho de Circulos do Partido Socialista

do Porto

Jose Maria Pinna, Weber.
Ermelindo Antonio Martins, Schmied.
Joao Maria Pinna, Guttmacher.
Francisco Biterbo de Campos, Schreiner.
Jose da Silva Lino, Weber.
Manuel Jose Martins, Schlosser.
Joao Ricardo, Schuhmacher, Berichterstatter
und Schriftführer für das Ausland.

Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen.

Von einem Sozialdemokraten.

III.

Nach dieser Ausführung wird der erste Theil (I. und II.) unseres Programms Niemandem unklar sein. Wie richtig der Satz ist, daß die ökonomische Abhängigkeit der Arbeiterklasse

von dem Kapital die Ursache des Elends und der Knechtschaft in aller Form (namentlich auch der politischen Unfreiheit) ist, lässt sich durch ein einfaches Beispiel nachweisen. Man nehme an, einem Volke werden alle politischen Freiheiten gewährt: allgemeines gleiches Wahlrecht, Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit u. s. w.; das System der kapitalistischen Produktion, der Lohnarbeit, bleibe aber bestehen — was wäre die Folge? Die Ungleichheit: Elend der Massen und unverhältnismäßiger Reichtum einiger Weniger würde fortauern, die arbeitende Mehrheit des Volkes wäre ökonomisch abhängig von der besitzenden Minderheit und diese ökonomische Abhängigkeit würde alle politischen Freiheiten rein illusorisch machen, sie jedes praktischen Wertes berauben. Haben wir nicht bei den Reichstagswahlen zur Genüge erfahren, daß der Druck, welchen der Kapitalist auf seine Lohnknechten ausübt, weit stärker ist als der Druck selbst des realen Staates?

Sagen wir dagegen den umgekehrten Fall: die politischen Freiheiten werden dem Volke vorenthalten, die Arbeit wird aber befreit, und, so wie wir es verlangen, durch sozialistische (genossenschaftliche) Produktion und sozialistische Verteilung des Arbeitsproduktes „jedem Arbeiter sein voller Arbeitsertrag“ gesichert, — was wäre die Folge? Die herrschende Minderheit würde ihre Machtmittel verlieren, die ausschließlich in der heutigen Produktionsweise, in der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital ihre Wurzel haben, und die ökonomische Unabhängigkeit würde die Masse des Volkes sehr bald in die Lage bringen, sich auch die politische Unabhängigkeit zu erkämpfen. Dieser Fall kann freilich in Wirklichkeit ebenso wenig eintreten wie der andere; denn die soziale Frage ist untrennbar von der politischen, die vernünftig organisierte Gesellschaft nur denkbar im freien Staat.

Auf wem lastet nicht erdrückend, entwürdigend, das eiserne Joch des heutigen Klassenstaats? Was gilt heute das Volk? Ein Fürst begehrt nach seines Nachbarn Land. Vergebens sieht das Volk um Frieden. Die Wünsche, das Glück und Wohl der Millionen in der Einen Waagschale — der Wille, die Lanne eines Einzigen in der andern, und federleicht schnell die Waagschale mit den Wünschen, dem Glück und Wohl der Millionen empor. Die Kriegesurie ist entfesselt: Tausende werden in den Tod, Hunderttausende in das Elend gestürzt. Soll das sein? Die Sozialdemokratie will, daß kein Krieg geführt werde, außer zur Verteidigung der Freiheiten und Rechte des Volks; sie will daher, daß die Macht, Krieg zu erklären — denn von einem „Recht“ kann hier nicht die Rede sein — dem Volk und seinen Vertretern gehöre.

Der kräftigste Theil des Volks, die Männer in der Blüthe des Lebens, werden jetzt auf Jahre aus ihrem Berufe gerissen, nützlicher, fruchtbringender Arbeit entzogen, in das stehende Heer eingereiht und zu blindem Gehorjam eingeübt. Die Folge hiervon? Krieg auf Krieg, wodurch alle Leidenschaften entfesselt und alle guten Sitten in ihren Grundfesten erschüttert werden. — Soll das sein? Die Sozialdemokratie will, daß das stehende Heer, so oft Mittel der Knechtung und Eroberungssucht, abgeschafft, und so lange noch die Möglichkeit des Krieges vorhanden ist, durch ein Volksherrgesetz werde. Jeder Bürger soll von Jugend auf im Gebrauch der Waffen geübt und zu militärischen Leistungen tüchtig gemacht werden. Ist jeder Bürger Soldat, dann ist auch jeder Soldat Bürger, und kein Tyrann mehr im Stande, das Volk zu vergewaltigen.

Jetzt ist die Erziehung ein Privilegium Weniger, und für diese Wenigen nicht eine Erziehung zum Menschthum, sondern zur Ausübung der Klassenherrschaft. Die große Mehrheit der Bevölkerung erhält nur eine schwachvoll ungenügende und verkehrte Erziehung, wird planmäßig an der Entwicklung ihrer Fähigkeiten gehindert, weil ein gebildetes, acht menschlich gebildetes Volk die herrschenden politischen und sozialen Zustände nicht dulden würde. Denn Bildung — wahre Bildung, nicht systematische Verbildung und händische Dressur, die sich heute so gern unter dem Namen der Bildung breit macht — ist die Mutter der Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit; und darum nicht verträglich mit der Existenz des heutigen Klassenstaats. — Die Sozialdemokratie will die höchstmögliche Bildung für Alle und Jeden: gleichen, unentgeltlichen Unterricht in bestmöglichen Volksschulen und höheren Schulen (Realschulen, Fachschulen, Gymnasien, Akademien, Universitäten). Sie geht von der Ansicht aus, daß es der Zweck des Staats ist, für die leibliche und geistige Wohlfahrt der Staatsglieder zu sorgen; der sozialdemokratische Staat ist daher in erster Linie eine große allgemeine Bildungsanstalt.

Im heutigen Klassenstaat ist die Justiz gar oft ein Spott auf ihren Namen. Justiz heißt Gerechtigkeit. Wie kann aber von Gerechtigkeit die Rede sein, inmitten von Zuständen, die im Ganzen und Einzelnen, in ihrem Wesen und in ihren Erscheinungen den einfachsten Forderungen, der Gerechtigkeit ins Gesicht schlagen? Nur Heuchelei oder gedankenlose Inkonsequenz kann an Individuen strafbar finden, was entweder in Staat und Gesellschaft anerkannte Praxis und Moral ist, oder was die notwendige Wirkung der Pflichtvergessenheit des Staats (mangelhafte Bildung), der verkehrten Gesellschaftsorganisation (Armut). Die dem Staat und der Gesellschaft heut zu Grunde liegende Ungerechtigkeit stempelt die Justiz von vornherein zur Ungerechtigkeit. Soll das sein? Die Sozialdemokratie will, daß die Justiz Gerechtigkeit werde; und in dem freien Volksstaat, den sie erstrebt, schafft sie die unerlässliche Vorbedingung dazu. Wie dem Volk das Recht gebührt, die Gesetze zu machen (Gesetzgebung), die Gesetze zu vollstrecken (Regierung und Verwaltung), so gebührt ihm auch das Recht, die Gesetze anzuwenden (Rechtsprechung). Die Rechtsprechung gleich der Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung muß den Händen der privilegierten Personen, Stände und Klassen entzogen werden, die ihrem Sonderinteresse das allgemeine Interesse und die Gerechtigkeit opfern. Bis eine vernünftige und naturgemäße Staats- und Gesellschaftsordnung die sogenannten Vergehen und Verbrechen, die in Wirklichkeit nur gesellschaftliche Krankheiten sind, mit der Wurzel, d. h. durch Entfernung der Ursachen, ausgerottet hat, verlangt daher die Sozialdemokratie Volksgerichte (Schwurgerichte, Schiedsgerichte soweit thunlich) und unentgeltliche Gerichtspflege. Die Volksgerichte, welche wir erstreben unterscheiden sich von den heu-

tigen Schwurgerichten, wie der heutige Staat sich von dem Volksstaat unterscheidet. Nicht in Monopol der besitzenden Klassen soll das Schwurgericht sein, nicht ein Mittel zur Inzenerkung jener schimpflichen Farce der Gerechtigkeit: der Klassenjustiz, wo die Vertreter der besitzenden Klasse über die Vertreter des enterbten Volkes zu Gericht sitzen, und ihren Klassenhaß und ihre Klasseninteressen in die Toga des Gesetzes hüllen — nein, durch freie, allgemeine Wahl sollen die Geschworenen aus dem Schoße des Gesamtvolkes hervorgehen, auf daß das Schwurgericht in Wahrheit ein Volksgericht sei.

Sozialpolitische Rundschau.

Deutschland.

* Das „Freigenöth“ der Woche, das lange vorher schon die ganze deutsche Presse unsehbar machte, ist die formelle Spaltung der längst zerfallenen nationalliberalen Partei. Achtundzwanzig Abgeordnete des Reichstags und des preussischen Landtages, welche bisher Mitglieder der Fraktion waren, haben öffentlich ihren Austritt aus ihr erklärt, indem sie zugleich eine Art Programm veröffentlichten, worin sie von „stetem Widerstand gegen die rückschrittliche Bewegung“, politischer, wirtschaftlicher und religiöser Freiheit, wahrhaftem Konstitutionalismus, materieller Wohlfahrt der Nation und dergl. schönen Dingen mehr sprechen. Die deutsche Presse aller Schattirungen nicht diesem Schritt der Jordanes, Stausberg, Räder und Comp, großen Beifall bei und nicht wenige Oppositionsblätter erwarten davon eine gänzliche Verschiebung der Parteiverhältnisse in Reichs- und Landtag, welche der Regierung bedeutende Schwierigkeiten bereiten werde. Wir denken darüber nicht. Die „neue Partei“ könnte wohl eine solche Wirkung haben und Bismarck und der gesammten Reaktion sehr ungemüthlich, gleichwie die nationalliberale Partei hätte so vieles ändern können, — wenn diese „Evidenzen“ politische Männer wären, statt Molken. Da wir aber den Herrern der neuen Partei bis zur Lieferung des Gegenbeweises ebenso wenig vertrauen, daß sie im Ernstfall das Rückgrat heiß halten können, so messen wir der Sache wenig mehr Tragweite bei, als dem Körner-Finnischen Volkssozialismus. Die Kräfte, welche sich vermessen, mächtigen Strömungen im Staats- und Gesellschaftsleben entgegenzuwirken und sie in ihrem Sinn zu weichen, müssen anders ansetzen!

— Die Sozialisten Körner und Finn, die mit der Verachtung der Sozialdemokraten von Hamburg nach Berlin gezogen sind, haben, wie das oft selbst bei den vorbedachten Menschen vorkommt, wenigstens noch eine gute Seite: sie sind dankbar. Für die gütige Erlaubnis zur Rückkehr nach Berlin finden sie der Polizei ein Stillsitzen Imperialsozialismus zu arrangieren. Sie haben einen Ansehen an die Berliner Arbeiter erlassen und nach Kräften durch Anschlag, Verschickung u. verbreitet, in welchem sie — ganz im Tone der Londoner „Freiheit“ — auf die „herrschende Richtung“ in der Sozialdemokratie schimpfen und eine neue Aera des Sozialismus verkündigen. Die Unterthänigkeit der „wohl-durchdachten Wirtschaftspolitik der Reichs- und Staatsregierung“ und die Bekämpfung der Sozialdemokratie sind die beiden Angelpunkte, um welche sich der Körner-Finnische Sozialismus dreht, der — wie die Herren mit vergnügter Naivität mittheilen — von der Polizei durch die ihnen ertheilte Milder-Erlaubnis launzioniert worden sei, wodurch „diese Behörde den Beweis geliefert habe, daß sie für den Arbeiterstand wirklich nützliche Bestrebungen eher zu fördern als zu unterdrücken gesonnen ist.“

Es kann uns natürlich nicht einfallen, gegen die beiden Abtrünnigen zu eifern; um das zu thun, wüßte man sie erst nehmen können. Sie sollen nur fortfahren in ihrem heiteren Unternehmen; wir geben ihnen unseren Segen dazu und wünschen sogar, daß nicht die Erbitterung eines Genossen der Durchführung ihrer Willkür physische Hindernisse bereiten möge. Aber der Regierung hätten selbst wir mehr Vernunft zugestanden, als daß sie sich zu dem sehr begrifflichen Versuch, die Arbeiter gegen das stützige Bürgerthum auszuspielen und dadurch beider Kräfte zu lähmen, solche Leute heranzucht. Man sieht, daß wir die Unfähigkeit unserer Gegner noch immer eher zu gering als zu hoch an schlagen.

— Ein neues Mittel der Polizei gegen den Sozialismus. Nachdem die Dresdener Reichshauptmannschaft den Genossen Kayser, Jambusch, Fromm und Schülchener die Bezeugung zur Verbreitung von Trugschriften entzogen hatte, mußte auch die Herausgabe der „Dresdener Abendzeitung“ eingestellt werden. An der Rechtsbehändigkeit letzterer Maßregel zweifeln wir denn doch sehr; im anderen Falle würde selbstverständlich alsbald die letzte von Sozialisten herausgegebene Zeitung in existieren aufgehört haben.

— Der deutschen Polizei schwillt der Kamm immer mehr. In Dresden wurde der sozialistische Abg. Kayser auf eine Stunde verhaftet, weil er einen Genossen — angesehen! Jetzt will die Polizei Kayser und der Redaktion der „Dresdener Abendztg.“ sogar verbieten, die politischen Organe — Polizisten zu nennen! Freilich ist der Name nicht besonders angenehm. Die Verhältnisse werden immer russischer.

— Während der letzten Woche haben zahlreiche Flugblätter-Vertheilungen in Genua, Nürnberg, Jülich, Göttingen, in vielen Orten des Schwarzwaldes u. s. w. stattgefunden. Es sollen infolge dessen mehrere Verhaftungen stattgefunden haben. Auch in Altona wurden am 29. v. M. drei oder vier Genossen verhaftet, angeblich wegen eines Flugblattes gegen die Sedanfeier. — Nachdem das Reichsgericht die gegen Paschky und Weidner in Dresden erhobene Anklage auf Hochverrath zurückgewiesen, hat die Staatsanwaltschaft eine solche wegen „Anreizung verschiedener Klassen gegen einander“ und gegen P. s. Frau und Bruder eine wegen Verbreitung verbotener Schriften erhoben. — In Rannheim wurde der für die „Freiheit“ agitierende F. Ehrhardt verhaftet.

Oesterreich-Ungarn.

* Die Polizei hat das zu einer Staatsaktion aufgepauschte „Freigenöth“ des fünfzigsten Geburtstages des Kaisers in ihrer Weise gefeiert, indem sie eine umfangreiche sozialistische hege veranstaltete und zahlreiche Verhaftungen vornahm, von denen indessen nur drei, die der Genossen Roth, Fentz und Schratz aufrecht erhalten blieb. Der formelle Grund der Maßregelungen soll die massenhafte Verbreitung von Flug-schriften sein, in welchem die legendäre Wirksamkeit der Regierung des „vielgeliebten“ Kaisers entsprechend illustriert ist. Die Polizei gab sich die eberntlichste Mühe, alle diese Flugblätter wieder einzusammeln, damit das monarchische Fest „durch keinen Miston gestört“, d. h. das verblendete Volk nicht auf Dinge aufmerksam gemacht werde, die jedem fern bleiben müssen, der ein „guter Unterthan“ bleiben soll. Ob dieser Zweck jedoch erreicht wurde und ob selbst im Falle seiner Erreichung das österreichische Volk ewig blind bleibt, ist eine andere Frage.

Belgien.

* Am 15. August fand in Brüssel die von der sozialistischen Arbeiterpartei organisierte Demonstration zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts statt. Bei 9000 Männern zogen unter dem Gesang der Marschälle und die rote Fahne an der Spitze durch die Straßen der Stadt und vor das Ministerium, um dort durch eine Abordnung das Verlangen des Volkes nach dem allgemeinen Wahlrecht anzusprechen zu lassen (der Minister war indessen „in dringenden Geschäften“ abgereist). Die Ministeranten wurden von der „liberalen“ Regierung natürlich auf jede Weise angefeindet und diskantirt. Nachdem ihnen schon vorher das Tragen der roten Fahne und das Spielen der Marschälle verboten worden war, welches Verbot aber nicht beachtet wurde, führte sich plötzlich vor dem Palast des Königs, der ganz von Truppen umgeben war, eine Abtheilung Gendarmen mit der blanken Waffe auf den Zug und entrieg ihm die rote Fahne, zugleich den Träger Verbannenen ver-

hafteten. Ein anderer Genosse, Monier, wurde verhaftet, weil er rief: „Es lebe das allgemeine Wahlrecht, und wenn man es uns nicht gibt, die Revolution!“ Auch während der nachfolgenden Tage fanden noch zahlreiche sozialistische Demonstrationen in Brüssel, Gent und anderen Städten statt. Der Eindruck ist ein für unsere Partei sehr günstiger.

Italien.

* Man erinnert sich, wie vor einiger Zeit ein über die Korruption der herrschenden Bourgeoisie erbitterter Arbeiter ein „Attena“ auf die Abgeordneten-Kammer bezog, indem er von der Tribüne einen Stein in den Saal warf, der indessen niemand beschädigte. Die Bourgeoisie rüchete sich nun für die ausgedehnte Todesangst (!) wie alle Feiglinge auf die barbarischste Weise, indem ihre Gerichte den „Attena“ zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilten! Ein ähnliches Schandurtheil fällt jüngst ein Genueser Militärgericht, indem es gegen einen Soldaten, der seinen Major ins Gesicht geschlagen hatte, auf 37 Jahre Gefängnis erkannte! Wenn aber die bourgeoise Korruptions-wirtschaft nur noch kurze Zeit so fortdauert wie bisher, dann dürften die von ihr Verurtheilten wohl in Balde ihre Fesseln gesprengt und ihre Märtern schwer gerächt sehen!

— Unser Genosse und Mitarbeiter Andrea Costa befindet sich trotz seiner Freisprechung noch im Kerker, da der Generalstaatsanwalt gegen seine Freisprechung Beschwerde erhoben hat und ihn um jeden Preis verurtheilt sehen will. — Währenddessen wurde Costa's Freundin und Mitangeklagte, Anna Kulischoff, trotzdem sie infolge ihrer Haft schwer erkrankt ist, von den Schergen aus dem Gefängnis an die Schweizer Grenze gebracht und aus dem Land geworfen. Humbert ahmt seinem „galanten“ Vater „Ehrenmann“ würdig nach!

Schweden und Norwegen.

* Der von uns in Nr. 27 angekündigte erste norwegische Arbeiter-Kongress hat in Christiania stattgefunden. Derselbe bezieht u. a. über die wichtigsten Fragen der ökonomischen Lage der Arbeiter und des Wahlrechts. In erster Beziehung hielt der Kongress für das beste Mittel zur Verbesserung der Arbeiterlage das — Parteinahmefreie, während er sich gegen die Produktivgenossenschaften aussprach. In Bezug auf den zweiten Punkt sagte man einen Beschluß gegen das allgemeine Wahlrecht und strebte nur eine Erweiterung des jetzt geltenden Stimmrechtes an. — Aus diesen Beschlüssen ist bereits hinlänglich zu ersehen, daß in der Versammlung ein nichts weniger als sozialistischer Geist herrschte. Trotzdem kann man an den Kongress Hoffnungen knüpfen, weil schon die bloße Thatsache, daß die Arbeiter ihre Interessen selbstständig zu beraten und an die Hand zu nehmen beginnen, einen wichtigen Fortschritt bezeichnet, der im Verlauf der weiteren Entwicklung unsehbar eine Reihe anderer nach sich zieht, die alle dem Sozialismus entgegenstehen.

Rußland.

* Unter Pauken- und Trompetenschall wird im ganzen Reiche des Jaren ausgerufen, und in der lokalen Presse entsprechend herausgehört, daß die Diktatur und mit ihr zugleich die berüchtigte dritte Abtheilung (Geheimpolizei) abgeschafft seien und regelmäßigen, „gesetzlichen“ Zuständen Platz gemacht haben. Man braucht sich indessen nur daran zu erinnern, daß die dritte Abtheilung bereits vier- oder fünfmal „auf ewige Zeiten“ abgeschafft worden ist, sowie daß dem bisherigen Diktator Korotkoff als Minister des Innern die ganze Gendarmarie zu unbedingten Befehlen gestellt ist, — und man weiß, daß es sich um nichts als um eine Formsache und eine Spiegelschere handelt. Die Volkspolizei wird in Rußland unter diesem oder jenem Namen so lange herrschen, als nicht der barbarische Jarenabsolutismus mit allem Drum und Dran in Trümmer geschlagen ist.

— Das Kijewer Kreisgericht hat sein Winterheil gegen die 22 angeklagten Ribilisten erlassen. Zwei, Popow und Jwanow, wurden zum Tod verurtheilt (jedoch zu lebenslänglicher Zwangsarbeit „begnadigt“); Jurkowski — der berühmte Ingenieur Sachfa — und zwei andere wurden in 20 Jahren, zehn Männer und drei Frauen zu 15 Jahren und die übrigen drei zu 13 und 10 Jahren Zwangsarbeit in den sibirischen Bergwerken verurtheilt. Das Straßensmaß wurde für einige Verurtheilte um mehrere Jahre vermindert, für zwei in einfache Verurteilung umgewandelt. Unter den Verurtheilten befanden sich neben Edelmann, Studenten, Beamtensohnen u. vier Bürger und drei Bauern. Wie viele Opfer werden noch fallen, bis dem Moloch der Garaus gemacht wird?

Briefkasten

der Expedition: Pechtrüge: Bl. v. 25. erh. u. besorgt. Wird Berücks. finden. — Condor: Gansnummer geordnet. War von Ihrer Hand laich vorgeschrieben. — Agent: Bl. v. 25. hier, Alles vorgem. Gust. sagte, daß Plakate verwendet werden, also Extrabl. erledigt sei. Gr. hat wohl weiter berichtet? — W... r B.: Kleiner Satz bleibt stehen. Im Uebrigen sehr schön gesprochen, nur schade, daß wir nicht „Dulaten aus der Erde kumpfen“ können. — O. R. Schlegel: Nr. 3.50 Ab. 3. Cn. u. Schft. erh. Bl. trag verstillmelter Adr. eingetroffen. — Th — ger Paris: Fehendes nachgeschickt, Adr. in Ordnung. — A. J. postlagernd: Der Verlorene gefunden, folgt durch Fremdenhand Vsg. — A. W. P. 343: Nr. 5. — Ab. 2. Sem. 80 erh. Neue Adr. kann v. auswärts angeben, wenn verlangt. Vushrosch u. Unke sind abgehan. — Mar R.: Fr. 2. — Ab. 3. Cn. erh. — J. B. Amst.: Nr. 20 f. 3 Ab. 3. Cn. u. „Auschr. d. pr. Volk.“ verwendet. — Theodor Sturm: 35 zurückgehalten, da Verpflanzung. — Soc.-dem. B. St. Gallen: Fr. 17.65 u. Jpb. dankend erh. — Frau E — r — au: d. fl. 2. — Ab. 2. drei Nr. u. Jglschr. erh. Sendg. fert. — J. R — or: Senden 20—36. Bitten kurze Kottig, ob eingetroffen. — Redhat: Bl. v. 23.8. erh. drei mehr folgen. — via Fegypörnet: d. fl. 2.90 erh. <bandsg. fort. Kalend. später. — W. W. London: Fr. 2. — Ab. Juli—Sept. erh. Nachliefg. fort. — St. D. W. B — brg: Von 32—36 folgen 30 St. Abrechnung monat. à ML. 1.80 franko. Verbindg. mit Kolban steht. Zugelegtes erwartet. —

Durch die Expedition des „Sozialdemokrat“ und die Volksbuchhandlung in Göttingen-Zürich ist zu beziehen:

Die soziale Baukunst

oder
Gründe und Mittel für den Anbau und Wiederaufbau der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Von
J. Alois Petzler.

Dieses für das Studium und die Lösung der sozialen Frage wichtige Werk wird im Verlage der Volksbuchhandlung zu Göttingen-Zürich, sowohl in Einzelleistungen als auch gebunden in zwei Bänden erscheinen. Die ersten drei Hefte sind bereits erschienen.

Preis: 50 Cts. das Heft.

Der Reinertrag ist für die Opfer des Sozialisten-gesetzes bestimmt.

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein

3 Percy Street Tottenham Court Road.
Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten.
I. A. Der Sekretär:
G. Lemke.